

- Es gilt das gesprochene Wort -

Begrüßung zur Sozialstudie der LAKD am 24. November 2020

Anrede,

es ist ein gewichtiges Werk, das mir Frau Dr. Nooke hier heute übergeben hat. Und das im doppelten Sinne:

Die Studie ist sehr umfangreich mit ihren mehr als 320 Seiten. Eine ausführliche Arbeit, methodisch und empirisch sorgsam erstellt und schon deshalb für alle Interessierten ein wertvolles Arbeitsergebnis. Gewicht hat diese Untersuchung aber auch, weil sie die erste ihrer Art jedenfalls für Brandenburg ist. Sie ist ein wichtiger Schritt im langen Prozess der Aufarbeitung und Wiedergutmachung von Diktaturgeschichte in unserem Land, der von einem möglichen Abschluss noch weit entfernt ist.

Ein Meilenstein dabei und zugleich Grundlage für vieles Folgende war die Enquetekommission des Landtages in der 5. Legislaturperiode, die sich mit dieser Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihren Folgen beschäftigt hat. Die Diskussionen in der Kommission waren niemals einfach, oft kontrovers, manchmal bitter. Die Beteiligten haben es sich nicht leichtgemacht, ob sie Abgeordnete des Landtages waren, hinzugezogene Experten oder direkt oder indirekt Betroffene.

Ein zentrales Thema, das die Enquete untersuchte, war das Schicksal von Menschen, die in der DDR politisch verfolgt oder benachteiligt wurden. Sie haben Unrecht erlitten, oft auf härteste Weise und über lange Zeit: Bespitzelung und Überwachung, Diskriminierung, Ausbildungs- und Berufsverbot, Drangsalierung, Doping, Enteignung, Umsiedlung, Inhaftierung, Wegsperrern in Jugendheimen oder Psychiatrie, Trennung von Eltern oder Kindern, und – ein schreckliches Wort – , die so genannte „Zersetzung“.

In der Sozialstudie heißt es, über die Zahl der Betroffenen gebe es immer noch keine verlässlichen Angaben. Eine wird dann aber doch genannt, und sie hat mich schockiert:

Wenn man die mittelbar betroffenen Angehörigen einbezieht, steht auf Seite 20-21, mussten und müssen bundesweit mehr als eine Million Menschen mit den Erfahrungen politischer Verfolgung und Systemunrecht in Ostdeutschland zwischen 1945 und 1989 leben. Über eine Million! Diese Zahl lässt, wie es mit Zahlen ist, die Einzelschicksale außen vor – aber sie macht die Dimension deutlich, über die wir hier reden.

In der Aufarbeitung des Unrechts, im Umgang mit den Betroffenen gibt es unterschiedliche Schritte, alle sind wichtig:

- Die Menschen haben ein Recht darauf, gehört und ernst genommen zu werden, ihre Geschichten erzählen zu können.
- Sie haben Anspruch darauf, dass die Gesellschaft ihr Leid anerkennt und nicht vergisst oder verdrängt.
- Eine zentrale Aufgabe ist zudem die Rehabilitation. Rechtlich hat es dazu in den vergangenen Jahren Fortschritte gegeben, vor gut einem Jahr erst wurde das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz im Bund novelliert.
- Und schließlich gilt es sicherzustellen, dass die Gesellschaft, die Nation aus dem Schicksal der Betroffenen die richtigen Schlüsse zieht und dafür sorgt, dass es anderen nicht widerfahren kann. Dieses „Nie wieder!“ ist wohl auch ein Motiv dafür, dass viele Opfer von SED-Unrecht der demokratischen Gesellschaft positiver gegenüberstehen als die Durchschnittsbevölkerung, wie die Studie zeigt. Viele sind selbst politisch oder zivilgesellschaftlich engagiert, vermutlich aus ähnlichen Gründen. Sie wissen aus eigener, schmerzvoller Erfahrung, wie dünn das Eis der Zivilisation sein kann.

Anrede,

lassen Sie mich hier kurz einhaken und einen mir wichtigen Punkt ansprechen: Die Studie und das, was die von SED-Unrecht Betroffenen erlebt haben, zeigen eines in absoluter Deutlichkeit:

Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Mitglied des Landtages Brandenburg

Jedem Versuch, das SED-Regime und unsere Demokratie heute auf eine Stufe zustellen, müssen wir klar widersprechen.

Wer unseren demokratischen Rechtsstaat als Diktatur bezeichnet, wertet nicht nur das Heute ab und untergräbt die freiheitliche Ordnung. Er verharmlost auch das in der DDR verübte Unrecht und verhöhnt so dessen Opfer.

Auch aus diesem Grund wünsche ich der Sozialstudie eine möglichst große Verbreitung, reges Interesse und uns allen fruchtbare Diskussionen über ihren Inhalt. Die Untersuchung bietet eine solide Datenbasis für die weitere Forschung und ebenso für künftige politische Entscheidungen zu diesem wichtigen Thema.

Der Landtag hat die Studie beschlossen und gefördert. Ich freue mich darauf, von Ihnen, Frau Dr. Nooke, und von den beteiligten Wissenschaftlern des Berliner Instituts fürs Sozialforschung nun weitere Einzelheiten und Einordnungen zu erfahren.